

Es reicht – Herr Sander!

Niedersachsen braucht endlich eine Umweltpolitik, die ihren Namen verdient.

Die „Umweltpolitik“ der CDU-FDP-Landesregierung ist eine einzige Serie von Peinlichkeiten, Versäumnissen und Rückschritten. Verantwortlich dafür ist – gedeckt vom Ministerpräsidenten – die Amtsführung des verhinderten Landwirtschaftspolitikers Hans-Heinrich Sander (FDP), der offen kundig von Ökologie keine Ahnung hat.

Statt seiner Aufgabe - dem Umwelt- und Naturschutz – nachzukommen, startete er ein einziges Rückbau- und Abbauprogramm auf dem Rücken von Ökologie und Klimaschutz für zukünftige Generationen:

1. Er will gegen den Willen der Bevölkerung, Niedersachsen zum Atomklo der Republik mit den Endlagerstandorten Gorleben und Schacht Konrad machen und betätigt sich als Verharmloser der Atomwirtschaft: Wer mit dem T-Shirt „kerngesund“ und dem Radioaktivitätszeichen vor einer Atomanlage posiert, ignoriert die berechtigten Sorgen und ungelösten Probleme der atomaren Abfälle. Atomkritische Umweltverbände bekommen hingegen einen Maulkorb und werden mit Forderungen nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit bedroht.

Dazu passt, dass er als Umweltminister die Abschaltung des AKW Stade kritisiert und Alternativinvestitionen sei es in der Windkraft oder in modernen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen blockiert. Er lehnt das so erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz ab und will die Förderung von Sonne, Wind, Wasser und Biomasse allein auf minimale Forschung statt auf Anwendung reduzieren.

2. Er bestraft das Engagement vieler Ehrenamtlicher in Umweltverbänden, in dem er insbesondere die Verbändeförderung drastisch herunter fährt. So werden den Umweltverbänden bis 2005 über 60 Prozent ihrer Fördermittel gestrichen. Ein in dieser Höhe einmaliger Vorgang! Hierdurch sind zahlreiche Stellen in den Koordinationsbüros gefährdet und damit wird letztendlich auch die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort erheblich erschwert.

3. Stattdessen betätigt er sich als Lobbyist für Jäger und Landwirte. Als Jagdlobbyist z.B. durch Forderungen nach Abschaffung der kommunalen Jagdsteuern oder durch erhebliche Verschärfungen der Bejagung von Kormoranen und Rabenvögeln. Als Landwirtschaftslobbyist z.B. durch einen Betretungserlass, der die Arbeit von Behörden und Planungsbüros bürokratisch aufbläht oder durch die Förderung von landwirtschaftlichen Vereinen (im Raiderland) mit Naturschutzmitteln ohne klare Vorgaben.

Darüber hinaus will er die endlich im Bundesnaturschutzgesetz verankerte Definition der „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“ aus dem Gesetz wieder streichen. Stattdessen will er sogar den lokalen Landvolkverbänden ein Vetorecht gegen jeglichen Ankauf von Naturschutzflächen geben.

4. Umweltpolitische Kompetenz und Sachverstand sind ihm ein Graus. So schaffte er als einer seiner ersten Schritte das Landesamt für Ökologie und von rot-grün eingerichtete niedersächsische Energieagentur ab.

5. Er schlägt die Schlachten der 50iger Jahre und versucht den längst überwundenen Konflikt Umweltschutz vs. Arbeitsplätze neu zu entfachen. Er sucht keinen Ausgleich verschiedener Interessen, verpasst die Chancen innovativer Umweltpolitik und betätigt sich als verkappter Hilfs-Wirtschaftsminister. Dies zeigt, dass er die Kernaufgaben seines Ministeriums nicht begriffen hat.

6. Er gefährdet die Schaffung oder Erhaltung der Nationalparks, Naturschutzgebiete oder Biosphärenreservate durch Streichung von Landesmitteln, Stellenkürzungen und Planungsstopp. Damit vernachlässigt er nicht nur die gesellschaftlich hohe Akzeptanz neuer Schutzgebiete, sondern auch die Chancen für sanften Tourismus und Umweltbildung.

7. Er schädigt nachhaltig das Vertrauen in den Umweltschutz, indem er große Teile der Einnahmen aus der erfolgreichen Naturschutzlotterie UmweltBINGO, dem Landeshaushalt einverleiben will. Damit stößt er nicht nur viele ehrenamtliche Initiativen, Vereine und Verbände insbesondere von SchülerInnen vor den Kopf, sondern ruiniert auch das umweltpolitische Engagement der BürgerInnen.

8. Er blockiert die Umsetzung von gültigen EU-Richtlinien für den Umwelt- und Naturschutz (FFH-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie) und provoziert damit hohe Strafforderungen der EU gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, die letztlich alle BürgerInnen bezahlen müssen.

9. Er bekämpft aus ideologischen Gründen an vorderster Front im Bundesrat einen umweltpolitisch sinnvollen und verbraucherfreundlichen Kompromiss zur Pfandpflicht auf Einwegverpackungen. Seine destruktive Politik gegen den Bund, EU und der internationalen Klimaschutzstrategie zeichnet sich durch Ideenlosigkeit, primitiver Agitation und Unkenntnis aus.

10. Es ist offensichtlich, dass Sander Umweltschutz als Bedrohung der Menschen und nicht als Bereicherung ansieht. Dies aber ist ein grundlegend falsches Umweltverständnis und behindert eine sachorientierte, verantwortungsbewusste Amtsführung, die dem Wohle von Mensch und Umwelt dienen sollte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen nehmen die Kampfansage des FDP-Umweltministers an. Für uns ist moderne Umweltpolitik keine „Belastung“, sondern ein Gewinn für Menschen, Arbeit und Lebensqualität. Wir werden auch in Zukunft zeigen, wie sich grüne Umwelt- und Wirtschaftspolitik in Niedersachsen vereinbaren lassen, z.B. durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die bereits 130.000 zukunftsträchtige Arbeitsplätze in Deutschland – mehr als dreimal soviel wie in der Atomenergie – geschaffen haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Umweltpolitik im Interesse der Menschen in Niedersachsen zu einem Schwerpunktthema in der Auseinandersetzung mit der Landesregierung machen.

Unser Land braucht nicht nur eine Umweltpolitik, die ihren Namen verdient. Niedersachsen braucht auch einen anderen Umweltminister, der seine Aufgabe anpackt und ernst nimmt!